

In 'Erinnerungsopposition' zum Antifaschismus – Christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR

Von Kerstin Lorenz

Der Umgang mit der NS-Geschichte erfolgte in der DDR nach den Prämissen einer antifaschistischen Geschichtspolitik, die die Erfahrungen des kommunistischen Widerstandskampfes auf die gesamte DDR-Gesellschaft übertrug. Als Legitimations- und Machtmittel der SED ließ der Antifaschismus keine Möglichkeit, die eigentlichen Motive der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu erklären, Juden als Opfer dieser Verfolgung oder gar auch als Widerstandskämpfer wahrzunehmen. Eine inhaltlich umfassende „Bewältigung“ der NS-Geschichte, die Frage einer individuellen wie kollektiven Auseinandersetzung mit Mitschuld und Verantwortung waren in der DDR geschichtspolitisch weder möglich noch gewollt. Zudem trat der Antifaschismus im „Gewand des Antizionismus“¹ durch eine offensiv anti-israelische Propaganda in den DDR-Medien zutage.

In der Evangelischen Kirche hingegen fand eine theologische Auseinandersetzung mit und eine Suche nach den Wurzeln des Antijudaismus und Antisemitismus im Christentum statt und führte zur Abkehr von der judenmissionarischen Tradition. Die Bemühungen einzelner Pfarrer um ein neues Verhältnis zum Judentum ab Mitte der 1970er Jahre mündeten in der Bildung christlich-jüdischer Arbeitsgemeinschaften. Vierzig Jahre nach den Novemberpogromen von 1938 ermöglichten die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften 1978 in Leipzig, Berlin, Magdeburg und später Dresden erstmals eine öffentliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit der deutschen-jüdischen Geschichte und der Schuld an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften unterlief die geschichtspolitische Deutungsmacht der SED, die eine Erweiterung des Geschichtsbildes aus ideologischen wie pragmatischen Gründen nicht gestattete.² Aus diesem Grund konstatierte der Politologe Harald Schmid, dass sich das innerhalb der evangelischen Kirche initiierte abweichende Erinnern fortan zu einer „neuen Erinnerungsopposition“ entwickelte.³

Aus sozialgeschichtlicher und kulturwissenschaftlicher Perspektive stellt das Vorhaben die Akteure, deren Motive und Methoden sowie die politisch-gesellschaftliche Wirkung der nichtstaatlichen Beschäftigung mit jüdischen Themen in der DDR in den Mittelpunkt.

Grundannahmen:

Die Frage nach den Motiven und der Wirkung der „Erinnerungsopposition“ in der DDR nimmt die Grundannahme vorweg, dass sich der Oppositionscharakter der nichtstaatlichen Auseinandersetzung mit jüdischen Themen bereits aus dem Widerspruch zur staatlichen

¹ Zit. Neubert, Erhart, 2000: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 317 (fortan: Neubert, Opposition).

² Vgl. Schmid, Harald, 2004: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR, Dresden, S. 77f, (fortan: Schmid, „Reichskristallnacht“).

³ Vgl. ebd., S. 78ff.

Deutung ergeben habe und suggeriert damit eine Einheit von Absicht und Wirkung. Diese Annahme verstellt ebenso den Blick für das komplexe Gefüge aus religiösen, historischen, gesellschaftspolitischen, und individuellen Einflüssen, unter denen sich in der DDR die nichtstaatliche Auseinandersetzung mit jüdischen Themen zu einem gesellschaftlich wirkenden Angebot ausbildete. Deshalb fokussiert das Dissertationsprojekt nun stärker als ursprünglich beabsichtigt auf die Binnenperspektive, um zu zeigen, ob und in welchem Ausmaß es in der theologischen, kulturellen und historischen Bildungsarbeit der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften zu einer bewussten Auseinandersetzung mit den geschichtspolitischen Deutungsmustern des SED-Staates kam, oder diese zumindest einkalkuliert wurde. Es werden das Selbstverständnis und die Fremdzuschreibungen der Erinnerungsakteure aus den Quellen rekonstruiert und mit Blick auf ihre Inhalte analysiert. Erst auf diese Weise wird es möglich, die Dialoggruppen in der DDR aus der beschränkten Betrachtung des Verhältnisses zwischen „Kirche“ und „Judentum“ auf ihre politisch-gesellschaftliche Wirkung zu untersuchen.

Der Untersuchungsgegenstand ist nicht von vornherein den „klassischen“ Oppositionsgruppen der DDR zuzuordnen; das Verhältnis von „Opposition“ und „Kirche“ kann nicht allein auf den Schutzraum reduziert werden, den die Opposition unter dem Dach der Kirche fand. Vielmehr erweitert das Forschungsvorhaben die Perspektive der Geschichtsschreibung zur DDR-Opposition: ein originär innerkirchlich initiiertes Thema entwickelte das systemkritische Potential, an den Grundfesten der Legitimationsbasis der DDR zu rütteln.

Kapitelübersicht

Die inhaltlichen Kapitel (II-V) soll hier kurz umrissen werden:

Im zweiten Kapitel werden zunächst die historischen, ideologischen und politischen Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung mit dem Judentum in der DDR vor dem allgemeingeschichtlichen Kontext erschlossen, unter denen sich die Arbeitsgemeinschaften entwickelten und agierten: der DDR-Antifaschismus als Geburtshelfer, Machtinstrument und historisch selektiv gedeutete „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Kommunisten sowie die von dieser Geschichtsideologie geprägte Erinnerungskultur, insbesondere im Umgang mit dem Judentum. Darüber hinaus soll in Kapitel II die Entstehung von Begegnungsräumen mit dem Judentum unter dem Dach der Evangelischen Kirche der DDR beleuchtet werden.

Das dritte Kapitel wird sich direkt mit der Entstehung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsräume für die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen beschäftigen. Unter den an der kirchlichen Basis organisierten Beauftragten für christlich-jüdische Angelegenheiten waren es zu Anfang nur Einzelne die sich um ein neues Verhältnis zu den Jüdischen Gemeinschaften und zum Judentum bemühten. Ihre Beharrlichkeit führte immerhin zur Absage an die Judenmission. Unter dem Eindruck innen- und außenpolitischer Ereignisse bekannte sich die Evangelische Kirche in der DDR Mitte der 1970er Jahre zu einer Aufarbeitung ihrer Verantwortung an der NS-Judenverfolgung, was innerhalb der Kirchenbasis zu einem steigenden Interesse an der Thematik Christen und Juden bzw.

Deutsche und Juden führte. Unter diesem Eindruck etablierten sich in einigen Städten christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften.

Die Herausbildung der "Erinnerungsopposition" steht im vierten Kapitel im Mittelpunkt. Durch die Beteiligung der evangelischen Kirchen der DDR am 40. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 konnte sich in inhaltlich wie quantitativ kaum übersehbarer Präsenz eine neue Form des Gedenkens formen, die von der offiziellen staatlichen Erinnerung abwich. Das Gedenken hatte einen Wendepunkt erreicht: Die Initiativen der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften führten das Gedenken in die Öffentlichkeit und leiteten dadurch einen Perspektivwandel ein, der die Juden in den Mittelpunkt des Gedenkens rückte, der im offiziellen antifaschistischen Geschichtsbild den kommunistischen Widerstandskämpfern eingeräumt wurde. In der Untersuchung sollen die christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften in Berlin, Leipzig und Dresden besondere Betrachtung erfahren. Diese fassten nicht nur das Erinnern in neue Strukturen, sondern schufen auch institutionell einen Rahmen, in dem in der DDR eine Beschäftigung mit dem Judentum, insbesondere im Hinblick auf die NS-Vergangenheit stattfinden konnte. Um nicht in der Deskription zu verharren, muss das Forschungsvorhaben auch die Diskrepanz zwischen dem zumeist nicht oppositionellen Selbstverständnis der Dialoggruppen und ihrer äußeren Zuschreibung als 'Erinnerungsopposition' analysiert werden. Hierbei gilt es, die Konfliktlinien zum Staat und dessen Einflussnahme auf die alternativen Erinnerungsgruppen zu untersuchen. Damit erweitert das Dissertationsvorhaben die Betrachtung des Kirche-Juden-Verhältnisses in der DDR um die Untersuchung der politisch-gesellschaftlichen Wirkung dieses Verhältnisses in der DDR.

Das fünfte Kapitel wird die Verbindungen und Einflüsse auf die Oppositionsgruppen in der DDR und umgekehrt beleuchten. Bereits bevor die jährlichen Friedensdekaden stattfanden, war das Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 fester Bestandteil im Kalender der Opposition. Dies setzt sich im Programm der Friedensdekaden fort – Anlass genug das Ministerium für Staatssicherheit, die Gedenkveranstaltungen der einzelnen Gemeinden auf die Beteiligung potentiell „feindlich-provokativen Kräften“ zu überprüfen. Nicht zuletzt entstanden im Kontext der kirchlichen Gedenkinitiativen immer wieder spontane Aktionen öffentlich artikulierten Erinnerns oder, in Analogie zur NS-Verfolgungsgeschichte, öffentliche Kritik am politischen System. Zu guter Letzt fanden sich im Herbst der Friedlichen Revolution 1989 Demonstranten, aufgerufen vom Neuen Forum, am 9. November zu Tausenden zum Gedenken in Leipzig zusammen und demonstrieren damit wiedererlangte zivilgesellschaftliche Stärke, auch im Umgang mit der deutschen Geschichte.

Erste Befunde:

Die Wahrnehmung der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften durch den SED-Staat gleicht einem Abbild seiner Politik gegenüber den Jüdischen Gemeinden in der DDR bzw. gegenüber jüdischen Organisationen weltweit: Das Interesse des Staates erwachte 1985 aus Interesse an den Beziehungen der Arbeitsgemeinschaften ins westliche Ausland, vor allem in die USA und nach Israel. So schlagartig, wie es aufkeimte, verfloß es wieder, nachdem sich die Hoffnungen der SED auf wirtschaftliche und außenpolitische Vorteile durch eine

günstige „Judenpolitik“ und die „Gedenkkampagne“ anlässlich des 50. Jahrestages der „Kristallnacht“ 1988 nicht erfüllten.

Auf die Entwicklung der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften selbst hatte das politische Taktieren der SED keinen Einfluss. Sie hatten sich bereits lange vor dem politischen Wandel in der SED-„Judenpolitik“ als (alternative) Institution für Informationen über jüdische Themen sowie als ‚Erinnerungsopposition‘ etabliert, die über einen festen und kontinuierlich wachsenden Kreis Zuhörer und Mitglieder verfügte. Auch nach dem großen Gedenkjahr 1988 setzten sie ihre Arbeit fort und blieben ihren Themen treu. Dazu ist auch zu konstatieren, dass sie keinen Einfluss auf die Kernthemen der Opposition und Bürgerbewegung im Jahr 1989 nahmen oder deren Inhalte in ihr Repertoire aufnahmen. Die Gründe dafür gilt es, zu untersuchen.

Aktueller Entwurf der Gliederung:

I Einleitung

I.1 Einführung in das Thema

I.2 Ziel und Erkenntnisinteresse

I.3 Inhaltliche und zeitliche Eingrenzung

I.4 Literatur- und Quellenlage

I.5 Methodik

II Allgemeinesgeschichtliche Überlegungen

II.1 Geschichtspolitische Rahmenbedingungen

II.1.1 Antifaschismus – Gründungsmythos und Staatsdoktrin

II.1.2 Entwicklungslinien der Erinnerungskultur in der DDR 1949-1990

II.2 Judentum und jüdische Themen in der DDR – Spiegelbild antifaschistischer Geschichtspolitik

II.3 Begegnungsräume mit dem Judentum in der DDR – Kirche und Religionsgruppen

II.4 Zwischenfazit

III Die Entstehung zivilgesellschaftlicher Beteiligungsräume für die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen

III.1 Zusammenfassung des historischen Kontextes bis Ende der 1970er Jahre

III.2 Die Beziehung von Juden und Christen in der DDR

III.2.1 Von der Judenmission zum christlich-jüdischen Dialog

III.2.2 christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaften in der DDR

IV Herausbildung zur "Erinnerungsopposition" – zivilgesellschaftliche Erinnerung im Zentrum und an der Peripherie

IV.1 Das Jahr 1978 als Wendepunkt – Aufbruch in die Öffentlichkeit

IV.2 Die Etablierung des christlich-jüdischen Dialogs

IV.2.1 Akteure, Strukturen, Arbeitsweisen und Handlungsfelder

IV.2.2 'Erinnerungsopposition' als Selbstwahrnehmung und Außenwahrnehmung – im Einklang oder im Widerspruch?

IV.2.3 Politisch wirksam – Protest gegen Antizionismus und Politik gegenüber Juden im SED-Staat

IV.3 Im Visier? Reaktion staatlicher Stellen und Observation

V Von der "Erinnerungsopposition" zur Erinnerung in der Opposition

V.1 Gedenken als Thema der Opposition

V.1.1 Ins Programm aufgenommen – „Begegnung mit dem Judentum“ auf Kirchentagen und während der Friedensdekaden

V.1.2 Provokation – die spontanen „Kerzendemos“ und anderer Protest gegen den SED-Antifaschismus

V.2 Das staatliche Gedenkprogramm 1988 – kopiert bei der "Erinnerungsopposition"?

V.3 Das Jahr 1989 – die Auseinandersetzung mit dem Judentum wird zur gesellschaftlichen Normalität

VI Fazit